



CSU

VORSCHLAG DER ANTRAGSKOMMISSION
ZU DEN DEM PARTEITAG 1979
VORLIEGENDEN ANTRÄGEN

Hergestellt durch Antragskommission Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Die Antragskommission empfiehlt, mit den einzelnen Anträgen wie folgt zu verfahren:

1. Europäisches Kartellrecht

Empfehlung: Zustimmung

Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und an die CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament mit der Bitte, das Anliegen weiter zu verfolgen.

2. EG-Agrarmarktordnung

Empfehlung: Ablehnung

3. Neuordnung der Zivilverteidigung

Empfehlung: Zustimmung

Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag mit der Bitte, das Anliegen weiter zu verfolgen.

4. Regionalisierung des Hochschulangebots

Empfehlung: Zustimmung in folgender Fassung

"Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, an den im Aktionsprogramm Kulturpolitik der CSU für die Legislaturperiode 1978 - 1982 vom 14.9.78 und in der Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten vom 14.11.78 festgelegten Zielen der Regionalisierung des Hochschulangebots in Bayern festzuhalten."

Insbesondere sind die neuen Universitäten Bayreuth, Passau, Bamberg und Augsburg und Fachhochschulen vorrangig auszubauen. Ferner ist für eine gleichmäßige Fächerstruktur und Breite der möglichen Studienfächer Sorge zu tragen. "

Überweisung Bayer. Staatsregierung
5. Änderung des Hochschulrahmengesetzes

Empfehlung: Zustimmung zu Ziff. 1 und 2 bei Wegfall der Ziff. 3

Überweisung an die Bayerische Staatsregierung, mit der Bitte, das Anliegen weiter zu verfolgen.

6. Sport an Fachhochschulen

Empfehlung: Zustimmung in folgender Fassung:

"Die CSU fordert die Bayerische Staatsregierung und insbesondere das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus auf, verstärkt darauf hinzuwirken, daß an allen bayerischen Fachhochschulen Sport im jeweils angemessenen Umfang betrieben werden kann."

Begründung:

"Art. 2 Abs. 4 des Bundeshochschulrahmengesetzes vom 26.1.1978 und Art. 2 Abs. 4 des Bayerischen Hochschulgesetzes nach seiner Novellierung am 25.7.78 lautet: "Die Hochschulen wirken an der sozialen Förderung der Studenten mit; sie berücksichtigen die besonderen Bedürfnisse behinderter Studenten. Sie fördern in ihrem Bereich kulturelle und musische Belange sowie den Sport." Während an den bayerischen Universitäten der Hochschulsport in den Sportzentren der jeweiligen Universitäten fest installiert ist, ist der Hochschulsport an den staatlichen Fachhochschulen nur zum Teil eingerichtet."

Überweisung an die Bayerische Staatsregierung, die CSU-Landtagsfraktion und an den Arbeitskreis Sport der CSU.

6.a) Sport an Fachhochschulen

Empfehlung: Zustimmung in folgender Fassung:

"Die CSU unterstützt nachhaltig alle Bestrebungen zur geplanten neuen Prüfungsordnung für Berufsschullehrer und fordert eine Streichung des Latinums als Voraussetzung für Berufsschullehrer, eine weitgehende Reduzierung der Verwissenschaftlichung des Lehrerstudiums und eine vermehrte pädagogische Ausbildung in allen Lehramtsstudiengängen."

Überweisung an die Bayerische Staatsregierung.

2. Unterrichtsstunde in Sozialkunde

Empfehlung: Ablehnung

8. Sexualerziehung

Der Antrag entspricht einer Gesetzesinitiative der Bayerischen Staatsregierung, welche dem Bayerischen Landtag zugeleitet worden ist.

Empfehlung: Überweisung an die CSU-Landtagsfraktion.

9. Bayer. Schulbuchverlag

Empfehlung: Zustimmung

Überweisung an die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion

10. Zulassung von Schulbüchern und Atlanten

Empfehlung: Zustimmung

Überweisung an die Bayerische Staatsregierung.

11. Leistungskurs für kleinere Gymnasien

Empfehlung: Zustimmung in folgender Fassung

Satz 2 in Nr. 1 des Antrages wird wie folgt formuliert:

"Es sollen in besonders begründeten Einzelfällen Leistungskurse mit geringeren Teilnehmerzahlen möglich sein."

Überweisung an die Bayerische Staatsregierung.

12. Entwicklungschancen für Ausländerkinder

Empfehlung: Zustimmung in folgender Fassung:

"Die CSU fordert die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung auf, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um der zweiten Ausländergeneration hinreichende Entwicklungschancen einzuräumen. Die CSU fordert dazu insbesondere:

- Die bewährte Schulform der muttersprachlichen Klassen weiter auszubauen und dabei auf die Vergrößerung des Anteils des Deutschunterrichts besonderen Wert zu legen.
- Die Bestrebungen zu unterstützen, den Ausländern unter Wahrung ihrer kulturellen und nationalen Identität das deutsche Kulturgut und das gesellschaftliche Leben zugänglich zu machen.
- Der Bildung von Wohngettos ausländischer Bürger entgegenzuwirken und
- für eine verbesserte schulische, sprachliche und berufliche Qualifikation der ausländischen Kinder und Jugendlichen zu sorgen, besondere Förderungsmaßnahmen für den Übergang von der Schule in den Beruf vorzusehen und die besonderen Probleme dieses Personenkreises in der Berufsschule zu berücksichtigen.

Überweisung an die Bayerische Staatsregierung.

13. Vorschulische Erziehung für Ausländerkinder

Empfehlung: Zustimmung

Überweisung an die Bayerische Staatsregierung.

14. Förderungswürdigkeit der "SDJ-Die Falken"

Empfehlung: Zustimmung in folgender Fassung:

Die CSU fordert die Bayerische Staatsregierung auf, bei der Vergabe von Förderungsmitteln an Jugendverbände die gesetzlichen Voraussetzungen streng zu überprüfen und vor allem darauf zu achten, daß der Jugendverband eine "den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit" leisten muß (§ 9, Absatz 1 JWG).

Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, an die Bayerische Staatsregierung und und die CSU-Landtagsfraktion

15. Elternbeiräte

Empfehlung: Ablehnung

16. Ausbildungsziele einzelner Schularten

Empfehlung: Ablehnung

Begründung:

Der Antrag ist nicht notwendig, da die Ausbildungsziele der einzelnen Schularten gesetzlich in den Schulordnungen festgelegt sind.

17. Teilung des Lehrstuhls für Hygiene und Mikrobiologie
Abteilung für Infektologie

Empfehlung: Ablehnung

Begründung: Nach dem Bayerischen Hochschulgesamtplan von 1977 sind Stellenmehrungen nur noch an den "neuen" Universitäten zulässig.

18. Kindergärten

Empfehlung: Überweisung an den CSU-Landesvorstand als Material für die Erarbeitung eines familienpolitischen Langzeitprogramms.

19. Kindergärten

Empfehlung: Überweisung an den CSU-Landesvorstand als Material für die Erarbeitung eines familienpolitischen Langzeitprogramms.

20. Schulwegkosten

Empfehlung: Ablehnung

Begründung: Die Verwirklichung des Antrages würde erhebliche organisatorische Schwierigkeiten, eine weitere Verbürokratisierung und erhebliche Mehrkosten verursachen.

21. Aufklärung über sog. neue Jugendreligionen

Empfehlung: Zustimmung in folgender, erweiterter Fassung:

"Die CSU verfolgt mit großer Aufmerksamkeit das Phänomen der sogenannten Jugendreligionen und Jugendsekten, insbesondere soweit von solchen religiösen Gruppierungen Ziele verfolgt werden, die geeignet sind, den Jugendlichen in seiner persönlichen und beruflichen Entwicklung zu beeinträchtigen und seiner natürlichen sozialen Umgebung, nämlich Familie und Gesellschaft zu entfremden und ihn in Lebensformen zu führen, bei denen die bestehenden natürlichen Bindungen und Verantwortlichkeiten außerhalb der Sekte im wesentlichen verneint und an ihre Stelle die absolute Unterordnung im Sinn der Ziele und der hierarchischen Ordnung der neuen Jugendreligion gesetzt wird.

Der Parteitag der CSU richtet an die Staatsregierung und alle anderen staatlichen, kommunalen und sonstigen Stellen, insbesondere die Jugendorganisationen, die Massenmedien und die im Religionsunterricht Tätigen den Appell, ihre Bemühungen um eine effektive Aufklärung und Information der Jugendlichen, deren Eltern und Erzieher sowie die geistige Auseinandersetzung mit den Jugendreligionen verstärkt fortzusetzen. Die zuständigen staatlichen Stellen werden insbesondere aufgefordert, gegen strafbare Handlungen von Mitgliedern der Jugendreligionen mit den gebotenen Mitteln einzuschreiten."

Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion

22. Neufassung des Gesetzes zur Schülerbeförderung

Empfehlung: Zustimmung in folgender Fassung:

"Die Staatsregierung wird ersucht,

1. sich dafür einzusetzen, daß die Vorschriften über die höchstzulässige Besetzung von Fahrzeugen (§ 34a StVZO) nicht mehr ausschließlich auf das Gewicht, sondern auch auf den Platzbedarf der Fahrgäste abstellen, damit insbesondere den Erfordernissen der Schülerbeförderung Rechnung getragen werden kann,
2. bereits jetzt den Schulaufwandsträgern zu empfehlen, beim Abschluß von Schulbusbeförderungsverträgen ein den jeweiligen Bedürfnissen entsprechendes ausreichendes Platzangebot sicherzustellen."

Begründung:

"Bisher werden Schulbusse teilweise bis an die für Erwachsene geltenden Gewichtsgrenzen nach § 34a StVZO mit Schulkindern besetzt. Da die baulichen Maßnahmen in Omnibussen jedoch in der Regel auf eine Vermeidung einer Überbesetzung - Überschreitung des zulässigen Gesamtgewichts - abgestimmt sind, kommt es bei der ausschließlichen Belegung mit Kindern dadurch zu unzumutbaren Komforteinbußen durch das Gedränge.

Wir sind der Meinung, daß unsere Kinder unser wertvollstes Gut sind und deshalb menschenwürdig transportiert werden müssen."

Überweisung an die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion.

23. Sozialversicherung

Empfehlung: Zustimmung

Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und an die Bayerische Staatsregierung.

24. Betriebsverfassungs- und Bundespersonalvertretungsgesetz

Empfehlung: Zustimmung
Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag mit der Bitte, das Anliegen weiter zu verfolgen.

25. Betriebsverfassungsgesetz

Empfehlung: Zustimmung
Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag mit der Bitte, das Anliegen weiter zu verfolgen.

26. Krankenversicherung

Empfehlung: Zustimmung in folgender Fassung:

"Die CSU fordert eine Lösung der Probleme, die durch die steigenden Pflegekosten für die Träger der Sozialhilfe entstanden und für die Zukunft zu befürchten sind."

In der Begründung ist auf S. 19 Abs. 2 die Ziffer 1 wie folgt zu fassen:

"Für das Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung, das als Behandlungsfall in ein Krankenhaus eingewiesen wird, trägt die Kosten die Krankenkasse."

In der Begründung ist ferner der drittletzte und der vorletzte Absatz zu streichen.

Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die Bayerische Staatsregierung.

27. Bildungsurlaub

Empfehlung: Überweisung an den CSU-Landesvorstand zur Weiterbehandlung.

28. Heilverfahren für nicht erwerbstätige Frauen

Empfehlung: Überweisung an den CSU-Landesvorstand als Material für die Erarbeitung eines Familienpolitischen Langzeitprogramms.

29. Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer

Empfehlung: Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die Bayerische Staatsregierung mit der Bitte, das Anliegen weiter zu verfolgen.

30. Mutterschutzgesetz

Empfehlung:

Überweisung an den CSU-Landesvorstand als Material für die Erarbeitung eines Familienpolitischen Langzeitprogramms.

31. Pläne zum zukünftigen Neubau von Straßen

Empfehlung: Zustimmung in folgender Fassung:

"Bund, Länder und Gemeinden werden aufgefordert, vor der Inangriffnahme neuer Straßenbaumaßnahmen deren Notwendigkeit zu überprüfen.

Dabei sind insbesondere

- verkehrspolitische Belange (Verkehrsererschließung, Vermeidung überlasteter Straßen)
 - regionalwirtschaftliche Belange (wirtschaftliche Erschließung peripherer und schwachstrukturierter Räume) sowie
 - landschaftsschutzpolitische Belange (Erhaltung landwirtschaftlich genutzter Flächen, Vermeidung unnötigen Landschaftsverbrauchs)
- zu berücksichtigen."

Überweisung an die Bayerische Staatsregierung.

32. Teilzeitbeschäftigung von Frauen

Empfehlung: Zustimmung in folgender Fassung:

"Die CSU fordert die Bayerische Staatsregierung und alle Kommunalverwaltungen auf, in ihrem Bereich die stellenplanmäßigen und organisatorischen Voraussetzungen für die Teilzeitbeschäftigung von Frauen sowohl im Beamtenverhältnis als auch im Angestelltenverhältnis insoweit zu schaffen, als dies familien- und sozialpolitisch geboten und wünschenswert erscheint."

Überweisung an die Bayerische Staatsregierung.

33. Dienstbezüge kommunaler Wahlbeamter

Empfehlung: Überweisung an die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU zur Behandlung und Stellungnahme.

34./35. Novellierung des Feiertagsgesetzes

Die sich inhaltlich deckenden Anträge 34/35 können zusammengefaßt werden. Antrag Nr. 35 ist der weitergehende. Antrag Nr. 34 geht darin auf und bedarf keiner gesonderten Beschlußfassung.

35. Novellierung des Feiertagsgesetzes

Empfehlung: Überweisung an die CSU-Landtagsfraktion zur Weiterbehandlung.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Johann-Verlag - Weitergabe nicht gestattet - Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

36. Verbot verfassungsfeindlicher Gruppen und Parteien

Empfehlung: Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und an die Bayerische Staatsregierung mit der Bitte, das Anliegen weiter zu verfolgen.

37. Vorsorgemaßnahmen für den Katastrophen-, Rettungs- und Feuerschutzfall

Empfehlung: Zustimmung in folgender Fassung:

"Die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Landesgruppe werden aufgefordert zu prüfen, ob die gesetzlichen Grundlagen ausreichen, die nötigen Vorsorgemaßnahmen für den Katastrophen-, den Rettungs- und Feuerschutzfall bzw. V-Fall zu treffen."

Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die Bayerische Staatsregierung mit der Bitte, das Anliegen weiter zu verfolgen.

38. Verwaltungsvereinfachung

Empfehlung: Zustimmung

Überweisung an die Bayerische Staatsregierung.

39. Änderung des Bundesbaugesetzes

Empfehlung: Ablehnung

Überweisung des Anliegens an die Kommunalpolitische Vereinigung zur Beratung.

Begründung: Das Bundesbaugesetz enthält keine Regelung der im Antrag genannten Art.

40. Alkoholmißbrauch Jugendlicher

Empfehlung: Zustimmung in folgender Fassung:

"Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, die Kontrolle über die Einhaltung des Gesetzes zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit

§§ 2 und 3 (Abgabe von Branntwein und anderen alkoholischen Getränken)

des Gaststättengesetzes §§ 6, 15, 17, 20 und 28

des Jugendarbeitsschutzgesetzes § 31 Abs. 2 Satz 2

streng durchzuführen und Verstöße dagegen mit den der Schuld angemessenen Strafen zu belegen, um Jugendlichen den Alkoholgenuß zu erschweren.

Ferner sind Lehrer und Ausbilder immer wieder auf ihre Aufsichtspflicht, den Alkoholgenuß der Jugendlichen betreffend, hinzuweisen."

-> Bayr. Staatsregierung

41. Fehlbelegung von Sozialwohnungen

Empfehlung: Zustimmung

Überweisung an die Bayerische Staatsregierung und die Arbeitsgemeinschaft "Wohnungsbau" der CSU.

42. Wohnungen für Körperbehinderte

Empfehlung:

Überweisung an die Bayerische Staatsregierung

43. Wohneigentum für Familien mit Kindern

Empfehlung: Zustimmung in folgender Fassung:

"Die CSU-Landesgruppe und die Bayerische Staatsregierung werden aufgefordert, im Bundestag und durch den Bundesrat Gesetzesinitiativen zu ergreifen, damit die Möglichkeiten im Bereich des Bausparens für Familien mit Kindern verbessert werden.

Die CSU schlägt hierzu vor, den Prämiensatz nach § 3 Wohnungsbauprämiengesetz in Zukunft für jedes anrechenbare Kind des Prämienberechtigten bzw. dessen Ehegatten über den gegenwärtigen Satz hinaus zu erhöhen."

Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die Bayerische Staatsregierung mit der Bitte, das Anliegen weiter zu verfolgen.

44. Resolution der CSU zur Familienpolitik

Empfehlung: Überweisung an den CSU-Landesvorstand als Material für die Erarbeitung eines Familienpolitischen Langzeitprogramms.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung, Weitergabe nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

45. Überprüfung familienrechtlicher Vorschriften

Empfehlung: Überweisung an CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und an die Bayerische Staatsregierung zur Überprüfung.

46. Familiengeld

Empfehlung: Überweisung an den CSU-Landesvorstand als Material für die Erarbeitung eines Familienpolitischen Langzeitprogramms.

47. Förderung von Wohneigentum, Kinderspielplätzen und andere familienpolitische Maßnahmen

Empfehlung: Überweisung an den CSU-Landesvorstand als Material für die Erarbeitung eines Familienpolitischen Langzeitprogramms.

48. Fahrpreisermäßigung für kinderreiche Familien

Empfehlung: Überweisung an den CSU-Landesvorstand als Material für die Erarbeitung eines Familienpolitischen Langzeitprogramms.

49. Oberste Gesundheitsbehörde

Empfehlung: Überweisung an die Bayerische Staatsregierung in folgender Fassung:

"Die Bayerische Staatsregierung wird gebeten, zu prüfen, ob in Bayern eine Oberste Gesundheitsbehörde errichtet werden soll."

50. Suchtbekämpfung

Empfehlung: Zustimmung

Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die Bayerische Staatsregierung mit der Bitte, das Anliegen weiter zu verfolgen.

51. Gesundheitsabteilungen auf Regierungsbezirksebene

Empfehlung: Überweisung an die Bayerische Staatsregierung in folgender Fassung:

"Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob auf Regierungsebene das Gesundheitswesen durch die Einrichtung von Gesundheitsabteilungen gestärkt werden kann.

52. Erhaltung kleiner Krankenhäuser

Empfehlung: Zustimmung in folgender Fassung:

"Die Bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, im Interesse einer flächendeckenden und bürgernahen stationären Grundversorgung der bayerischen Bevölkerung leistungsfähige Kleinkrankenhäuser, insbesondere Belegkrankenhäuser, zu erhalten. Damit soll zugleich ein Beitrag zur ausreichenden fachärztlichen Versorgung auch außerhalb der Verdichtungsräume geleistet werden!"

53. Änderung des § 218

Empfehlung: Überweisung an den **CSU-Landesvorstand** als Material für die Erarbeitung eines Familienpolitischen Langzeitprogramms.

54. Überprüfung der sozialen Indikation des § 218

Empfehlung: Überweisung an den **CSU-Landesvorstand** als Material für die Erarbeitung eines Familienpolitischen Langzeitprogramms.

55. Steuervergünstigungen für Familien

Empfehlung: Überweisung an den **CSU-Landesvorstand** als Material für die Erarbeitung eines Familienpolitischen Langzeitprogramms

56. Kinderfreibetrag

Empfehlung: Zustimmung in folgender Fassung:

im Deutschen Bundestag

"Die CSU-Landesgruppe und die Bayerische Staatsregierung werden aufgefordert, ihr familienpolitisch wichtiges Anliegen, daß der nachweispflichtige Kinderbetreuungsbetrag in einen Kinderfreibetrag umgewandelt wird, mit Nachdruck weiter zu verfolgen."

Die im Antrag geforderten Initiativen sind bereits eingeleitet (BT-Dr. 8/3104 und Bundesratsinitiative)

57. Kinderfreibetrag

Empfehlung: Der Antrag ist durch den neu gefaßten Antrag 56 erledigt.

58. Kinderfreibetrag

Empfehlung: Überweisung an den CSU-Landesvorstand als Material für die Erarbeitung eines Familienpolitischen Langzeitprogramms, mit der Maßgabe, die Wiedereinführung der Kinderfreibeträge im Einkommensteuergesetz anzustreben.

59. Kfz-Steuer

Empfehlung: Zustimmung in folgender Fassung:

"Die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag werden aufgefordert, auch künftig der Absicht des Bundes entgegenzutreten, die Kfz-Steuer abzuschaffen und die entstehenden Einnahmeverluste durch eine Erhöhung der Mineralölsteuer auszugleichen. Anzustreben ist ein Plakettenverfahren mit mehreren Steuerklassen, die gewährleisten, daß für die Kleinwagen keine unzumutbare Mehrbelastung eintritt."

Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die Bayerische Staatsregierung mit der Bitte, das Anliegen weiter zu verfolgen.

60. Kfz-Steuer

Empfehlung: Der Antrag ist durch den neu gefaßten Antrag 59 erledigt.

61. Reform der Grunderwerbsteuer

Empfehlung: Zustimmung

Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die Bayerische Staatsregierung.

62. Änderung des Körperschafts- und Gewerbesteuergesetzes

Empfehlung: Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die Bayerische Staatsregierung zur weiteren Prüfung.

63. Mehrwertsteuer für Arzneimittel

Empfehlung: Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag mit der Bitte, das Anliegen zu überprüfen.

64. Grenzlandförderung

Empfehlung:

Überweisung an die Bayerische Staatsregierung.

65. Verlagerung von Behörden

Empfehlung:

Überweisung an die Bayerische Staatsregierung.

66. Sonnenkollektoren/Wärmepumpen

Empfehlung:

Überweisung an die Bayerische Staatsregierung.

67. Subventionswesen

Empfehlung: Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die CSU-Landtagsfraktion mit der Bitte, das Anliegen weiter zu verfolgen.

68. Agrarstrukturverbesserung

Empfehlung: Zustimmung

Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und an die Bayer. Staatsregierung.

69. Agrarstrukturverbesserung

Der Antrag ist mit Antrag 68 erledigt.

70. Rationeller Energieeinsatz

Empfehlung: Zustimmung

Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die Bayerische Staatsregierung mit der Bitte, das Anliegen weiter zu verfolgen.

71. Rationeller Energieeinsatz

Der Antrag ist mit Antrag 70 erledigt.

72. Landwirtschaftliche Einkommensbesteuerung

Empfehlung: Zustimmung bei Streichung des 4. Spiegelstriches.

Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die Bayerische Staatsregierung mit der Bitte, das Anliegen weiter zu verfolgen.

73. Nutzungsänderung betrieblicher Wirtschaftsgüter

Empfehlung: Zustimmung

Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die Bayerische Staatsregierung mit der Bitte, das Anliegen weiter zu verfolgen.

74. Maßnahmen der Dorferneuerung

Empfehlung: Zustimmung

Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und an die Bayerische Staatsregierung.

75. Treibstoffversorgung

Empfehlung: Zustimmung in folgender Fassung:

"Im Falle einer weiteren Verknappung von Energie und Treibstoffen ist der Landwirtschaft und anderen prioritären Bereichen wie z. B. der Krankenversorgung oder dem Produktionsbereich bei der Versorgung Priorität einzuräumen."

Überweisung an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag mit der Bitte, das Anliegen weiter zu verfolgen.

76. Einzelbetriebliche Agrarförderung

Empfehlung: Zustimmung

Überweisung an die Bayerische Staatsregierung

77. Berichte über Funktion und Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft

Empfehlung: Zustimmung in folgender Fassung:

"Die Verantwortlichen der CSU, insbesondere des Medienpolitischen Arbeitskreises und die Mitglieder von Fernseh- und Rundfunkrat, werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß durch die Medien in verstärktem Umfang über die Funktionen und Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft berichtet wird."

78. Verzicht auf Darstellung von Brutalität und Gewalt in Funk und Fernsehen

Empfehlung: Die Verantwortlichen der CSU, insbesondere des Medienpolitischen Arbeitskreises, und die Mitglieder von Fernseh- und Rundfunkrat werden aufgefordert, darauf hinzuwirken daß die Darstellung brutalster und gehäufte Gewalt in den Medien Rundfunk und Fernsehen dann ausgeschlossen wird, wenn sich das Angebot spezifisch an Kinder und Jugendliche richtet. Ausgenommen von dieser Forderung sind die Darstellungen von Geschichts- und Tagesberichten. Die CSU fordert die Unterwerfung von gewaltverherrlichenden Druckerzeugnissen (Groschenhefte etc.) unter die Vertriebs- Werbe- und Weitergabebeschränkungen des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften.

79. Freilassung Rudolf Hess

Empfehlung: Zustimmung

80. Sonderfernsehsprechnummer für Spendenaktionen

Empfehlung: Überweisung an CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

81. Diskussion bei Parteitag

Empfehlung: Überweisung an das Parteipräsidium

82. Stellvertretender Parteivorsitzender

Empfehlung: Hinweis auf das Vorschlagsrecht jedes Delegierten des Parteitages

83. Altersgrenze für Spätheimkehrer

Empfehlung: Überweisung an CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

Bayerisches Sportprogramm

Empfehlung:

Zum Bayerischen Sportprogramm schlägt die Antragskommission vor, heute auf einer Fachdiskussion zu verzichten. Das Programm soll als Entwurf aufgefaßt werden und dazu dienen, daß nunmehr sowohl die Parteiorganisation, die Landtagsfraktion und die Bayerische Staatsregierung Gelegenheit haben, darüber gründlich zu beraten. Die Ergebnisse dieser Beratungen sollten im Anschluß dem Arbeitskreis Sport vorgelegt und von ihm ins Programm eingearbeitet werden. Die endgültige Verabschiedung des Bayerischen Sportprogramms könnte dann auf der nächsten Sitzung des Parteiausschusses verabschiedet werden.

Dringlichkeitsantrag des Bezirksverbands München vom 24.9.1979 (Anlage)

Empfehlung: Überweisung an die CSU-Landtagsfraktion und die Bayerische Staatsregierung



Christlich Soziale Union
in Bayern

Bezirksverband München

24. Sept. 1979

An die
Christlich-Soziale Union
in Bayern e.V.
z.Hd. Herrn Florian HARLANDER
Nymphenburger Straße 64
8000 München 2

Betrifft: Dringlichkeitsantrag an den Parteitag am 28./29.9.1979
Anlage: - 1 - Antrag

Sehr geehrter Herr Harlander,

der Bezirksparteitag der CSU-München hat am Freitag,
den 21. September 1979 einen Antrag einstimmig bei
zwei Enthaltungen angenommen, der dem Parteitag am
28./29. September 1979 als

D r i n g l i c h k e i t s a n t r a g

i.S. des § 45 Abs. 5 der Satzung vorgelegt werden
soll. Hiermit erhalten Sie diesen Antrag in der An-
lage zur weiteren geschäftsmäßigen Behandlung.
./

Mit freundlichen Grüßen
bin ich

(Manfred Bankhofer)
Bezirksgeschäftsführer

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergaberecht gestattet.

Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

A N T R A G

Der Bezirksverband München richtet an den Landesparteitag der Christlich Sozialen Union folgenden Antrag:

- 1) Die CSU-Landtagsfraktion wird gebeten, von der Bayerischen Staatsregierung eine zusammenfassende Darstellung der Finanzsituation der Kommunen erstellen zu lassen. Dabei ist die Entwicklung der Einnahmen- und Ausgabenstruktur der kommunalen Haushalte im Vergleich zu denen des Bundes und der Länder darzustellen.
- 2) Die CSU-Landtagsfraktion läßt durch die Bayerische Staatsregierung prüfen, wie die Konsolidierung der Gemeindefinanzen, insbesondere bei einem weiteren Abbau bzw. Wegfall der Gewerbesteuer erreicht werden kann. Hierbei ist erneut
 - eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und
 - die Verbesserung und Vereinfachung des kommunalen Finanzausgleichs zu fordern.

Außerdem ist die Frage der Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer zu prüfen.

Begründung:

Die von der Bundesregierung beschlossene Reform der Gewerbesteuer hat die Gemeinden in eine äußerst schwierige Situation gebracht. Die aus dem Steuerpaket resultierenden Mehreinnahmen werden größtenteils durch kommunale Mehrbelastungen aufgezehrt. 1969 wurde unter dem damaligen Bundesfinanzminister Strauß ein erster Schritt für eine umfassende Gemeindefinanzreform getan. Die SPD/FDP-Bundesregierung sah sich zur geplanten Fortführung 10 Jahre lang außerstande.

Eine echte Konsolidierung der Gemeindefinanzen muß über die beschlossene Anhebung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer von 15 % hinausgehen. Der zunehmende Abbau bis hin zum Wegfall der Gewerbesteuer erfordert eine Ausstattung der Kommunen mit einer neuen originären Steuerquelle. Für die Schwierigkeiten, die sich bei der Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer insbesondere im Hinblick auf die Zerlegung ergeben, muß eine Lösung gefunden werden.

Im Hinblick auf das im Grundgesetz und der Bayerischen Verfassung verankerte Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden muß die Qualität der kommunalen Finanzausstattung geändert werden. Das überkomplizierte und überhandnehmende Dotations- und Subventionssystem des kommunalen Finanzausgleichs muß abgebaut werden.